

USA: Christlicher Ex-Präsi Carter befürwortet Ehe für alle

Der tief gläubige frühere US-Präsident hat kein Problem damit, seinen Glauben und die Akzeptanz von Schwulen und Lesben unter einen Hut zu bringen.



Der frühere amerikanische Präsident Jimmy Carter hat in einem Interview mit der "Huffington Post" erklärt, dass der christliche Gottessohn in der aktuellen Debatte um die Gleichbehandlung von Schwulen und Lesben im Ehe-Recht anders als viele seiner Anhänger argumentieren würde: "Ich denke, dass Jesus die gleichgeschlechtliche Ehe gutgeheissen hätte", sagte der 93-jährige Politiker, der sich selbst als "wiedergeborenen" evangelikalen Christen bezeichnet und auch als Religionslehrer arbeitete. "Jeder sollte das Recht haben zu heiraten", so Carter.

Das Konzept der "Gay Marriage" sei für ihn "kein Problem". "Ich denke, Jesus würde jede Liebesbeziehung unterstützen, sofern sie ehrlich und aufrichtig ist und niemanden schädigt. Ich denke nicht, dass gleichgeschlechtlichen Ehen jemanden schädigen." Allerdings sagte Carter auch, dass Kirchen nicht dazu verpflichtet werden sollten, homosexuelle Ehen anzubieten.

"Problem mit Abtreibungen"

Der Demokrat erklärte zugleich, er habe aus Glaubensgründen "ein Problem mit Abtreibungen": "Es bereitet mir Schwierigkeiten zu glauben, dass Jesus Abtreibung befürwortet hätte, ausser in Fällen von Vergewaltigungen oder Inzest oder wenn das Leben der Mutter in Gefahr ist", so Carter. Es sei ihm als Präsident schwer gefallen, sich in diesem Bereich an die US-Verfassung zu halten. Carter war von 1977 bis 1981 US-Präsident, wenige Jahre, nachdem der Supreme Court Abtreibungen legalisiert hatte.

Carter war der erste US-Präsident, der sich während seiner Amtszeit mit LGBTI-Aktivisten getroffen hatte und sich öffentlich für die Rechte sexueller Minderheiten einsetzte. So sprach er sich gegen die kalifornische "Briggs Initiative" aus – einen Volksentscheid aus dem Jahr 1978, der es Homosexuellen und allen Heterosexuellen, die Homo-Rechte unterstützen, untersagt hätte, Lehrer an öffentlichen Schulen zu werden. Der Volksentscheid scheiterte mit 42 zu 58 Prozent.